



Rekruten der Panzerschule 21 der Schweizer Armee führen Anfang Mai in Bure eine Angriffsübung mit dem Panzer Leopard 2 durch.

## Panzer-Deal mit der Schweiz wackelt

Die Regierung in Bern würde 25 „Leopard 2“-Panzer nach Deutschland verkaufen. Doch auch das Parlament muss zustimmen – und das ist alles andere als sicher

Von Isabel Pfaff

**Bern** – Wird das der Befreiungsschlag? Seit Kriegsbeginn in der Ukraine haftet der Schweiz in Europa ein schlechtes Image an. Insbesondere, weil sie sich nicht an Waffenlieferungen an Kiew beteiligen will – auch nicht indirekt. Gesuchen aus Deutschland, Dänemark und Spanien, Rüstungsgüter aus Schweizer Herstellung an die Ukraine weitergeben zu dürfen, hat Bern im vergangenen Jahr stets eine Absage erteilt. Eine solche Weitergabe verstöße gegen die Schweizer Neutralität, hieß es.

Nun versucht sich die Schweizer Regierung, der Bundesrat, an einem Umweg: Sie hat jüngst mitgeteilt, dass sie einen Vorschlag aus dem Parlament unterstützt, der besagt, dass die Schweiz 25 stillgelegte Leopard-2-Panzer wieder an die deutsche Herstellerfirma Rheinmetall zurückverkaufen könnte. Das entspricht einer Bitte aus Deutschland: Im Februar hatten Wirt-

schaftsminister Robert Habeck und Verteidigungsminister Boris Pistorius Bern er sucht, einen Teil der insgesamt 96 stillgelegten Schweizer Leopard 2 wieder an Rheinmetall zu verkaufen. Damit könnten dann Nato-Staaten, die Panzer an die Ukraine geliefert hatten, ihre entstandenen Lücken füllen – ein klassischer Ringtausch.

Offenbar vertritt der Bundesrat den Standpunkt, dass ein Rückverkauf der Leopard-Panzer, im Gegensatz zur Weitergabe von Schweizer Rüstungsgütern an Kiew, nicht gegen die Neutralität oder das strenge Schweizer Kriegsmaterialgesetz verstößt – obwohl es sich auch hier um eine indirekte Unterstützung der Ukraine handelt.

Von einem Paradigmenwechsel wollte Bundespräsident Alain Berset bei einer Pressekonferenz am Mittwoch entsprechend nicht reden: „Nein“, sagte er auf die



Frage, ob die Entscheidung zu den Panzern als neutralitätspolitische Wende zu verstehen sei. Ein Regierungssprecher verwies darauf, dass Deutschland in seinem Schreiben vom Februar zugesichert hatte, die Panzer nicht an die Ukraine weiterzugeben. Insofern sei man „voll auf der Linie dessen, was die Regierung in dieser Sache immer entschieden hat“, so der Sprecher.

### „Hier hätten wir die Möglichkeit, der Ukraine indirekt zu helfen“

Und doch dürfte es bei den 25 Panzern darum gehen, die Schweizer Isolation in Europa zu überwinden. Die Nachbarstaaten hatten Bern im Zuge der verweigerten Wiederausfuhr genehmigungen vorgeworfen, die Ukraine im Kampf gegen Moskau alleine zu lassen und damit faktisch dem Aggressor in die Hände zu spielen. Im Parlament gab es zwar Vorstöße, das Kriegsmaterialgesetz so zu ändern, dass eine Wiederausfuhr in die Ukraine unter bestimmten Bedingungen möglich würde, doch bislang fand keine Idee eine Mehrheit.

Dass der Bundesrat nun offiziell einen Panzer-Rückverkauf unterstützt, ist als Kompromissignal an die europäischen Partner zu verstehen. Nur: Der Deal ist noch lange nicht unter Dach und Fach. Um die Panzer an Rheinmetall verkaufen zu können, muss das Parlament sie zunächst offiziell außer Dienst stellen. Danach erst kann der Bundesrat den Verkauf in die Wege leiten.

Der Nationalrat, die große Parlamentskammer, wird sich Mitte Juni mit den 25 Panzern befassen; die kleine Kammer, der Ständerat, voraussichtlich erst im Herbst. Angesichts der Uneinigkeit in den jüngsten Debatten ums Kriegsmaterialgesetz muss man fragen: Welche Chancen hat der Vorstoß im Berner Bundeshaus?

„Ich denke schon, dass sich am Ende die Vernunft durchsetzen wird“, sagt Maja Riniker. Sie sitzt für die liberale FDP im Nationalrat und hat die Idee mit den 25 Panzern

zusammen mit Kolleginnen aus der Sozialdemokratischen Partei (SP) eronnen. Ende März haben die Politikerinnen die sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats dazu gebracht, dem Vorstoß zuzustimmen – eine gute Voraussetzung für das Gesamtvotum im Juni. Riniker geht es darum, dass auch die Schweiz ihren Beitrag zur europäischen Sicherheitsarchitektur leistet. „Wir sind der Neutralität verpflichtet, keine Frage. Aber hier hätten wir die Möglichkeit, der Ukraine indirekt zu helfen, ohne die Neutralität oder das Kriegsmaterialgesetz zu verletzen.“

Der Nationalrat dürfte der Außerdienststellung der 25 Panzer zustimmen. Dagegen ist dort nur die rechtskonservative SVP, die zwar die größte Fraktion stellt, aber wohl nicht gegen die breite Koalition aus Linken, Grünen, Mitte-Politikern und FDP ankommen wird.

Im Ständerat sieht die Sache anders aus. Dessen sicherheitspolitische Kommission hat sich Anfang März eindeutig gegen eine Außerdienststellung und den Verkauf der Panzer ausgesprochen. In der kleinen Kammer vertreten mehrere Politiker die Meinung, dass die Schweiz die Panzer angesichts der neuen Sicherheitslage selbst brauchen und dass auch mit dem Panzer-Deal die Neutralität verletzt werde. „Der Bundesrat verletzt mit einem geplanten Ringgeschäft das Neutralitätsrecht und schwächt die Verteidigungsfähigkeit der Schweiz“, twitterte der SVP-Ständerat Werner Salzmann nach der Mitteilung der Regierung, den Ringtausch unterstützen zu wollen.

Maja Riniker ist trotzdem zuversichtlich, dass es mit dem Verkauf der 25 Panzer klappen kann – auch weil die Schweiz im Herbst ein neues Parlament wählt und der Druck aus dem Ausland bis dahin wohl nicht abnehmen wird. „Ich hoffe, dass wir mit diesem Signal den Unmut bei unseren europäischen Partnern lindern können.“ Länder wie Deutschland haben wegen des Streits um die Rüstungsweitergabe bereits damit gedroht, künftig keine Waffen und Munition mehr aus der Schweiz zu kaufen.